

Stadtverwaltung Weimar

Drucksachen-Nr.	2019/443/EW
Einreicher:	Herr Felix Mayer
Datum der Sitzung:	04.12.2019
Status der Sitzung:	öffentlich
beantwortet durch:	Oberbürgermeister

- Es gilt das gesprochene Wort -

in der Stadt Weimar wird seit mehreren Monaten über Weimar als Sicherer Hafen diskutiert: In einem offenen Brief forderten 21 Professor*innen der Bauhaus-Universität Weimar den Stadtrat und Oberbürgermeister Peter Kleine am 19. Juni 2019 dazu auf, die Stadt Weimar zum Sicherem Hafen zu erklären und der Potsdamer Erklärung beizutreten. Daraufhin forderte auch ein zivilgesellschaftliches Bündnis den Stadtrat und Oberbürgermeister Peter Kleine auf, Weimar zum Sicherem Hafen zu erklären. Ein gemeinsamer Antrag von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, welcher sowohl vorsah Weimar zum Sicherem Hafen zu erklären als auch der Potsdamer Erklärung beizutreten wurde laut Medienberichten zugunsten eines Kompromissvorschlages, welcher erarbeitet werden sollte, zurückgestellt. Als Frist für einen Kompromissvorschlag wurde laut Medienberichten der 30. Oktober 2019 genannt. Bisher liegt nach unseren Informationen kein Antrag für Weimar als Sicherer Hafen vor. Deshalb fragen wir im Namen des „Bündnis SozialTransFair e.V.“, „Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus“ und der „Initiative für Freundlichkeit – ein Weimar ohne Grenzen“:

Frage 1:

Wie bewertet der Stadtrat den offenen Brief vom 19. Juni 2019 der 21 Professor*innen der Bauhaus- Universität Weimar, insbesondere den geforderten Beitritt zur Potsdamer Erklärung?

Antwort:

Für den Stadtrat kann ich nicht sprechen. Ich selbst habe dazu eine Meinung, die in meiner Drucksache formuliert ist. Die Stadt Weimar ist und bleibt insbesondere für Menschen in Not und Menschen auf der Flucht sowohl aus ihrer historischen Verantwortung heraus, aber auch aus Gründen der Menschlichkeit ein sicherer Ort und ein sicherer Hafen. Ich bin der Meinung, dass die Stadt Weimar die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen!“ unterstützen sollte.

Frage 2:

Wie fortgeschritten sind die Arbeiten zur Erarbeitung eines mehrheitsfähigen Kompromissantrages für Weimar – Sicherer Hafen?

Antwort:

Auf der Tagesordnung der heutigen Stadtratssitzung befindet sich neben dem ursprünglichen gemeinsamen Antrag von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD ein weiterer Antrag des Oberbürgermeisters, der als Kompromissvorschlag verstanden werden soll.

Frage 3:

Wie soll der besonderen humanitären Pflicht Weimars (Oberbürgermeister Peter Kleine in Radio Lotte: Stadtrat stellt Sicherem Hafen zurück, 12.09.2019) in dem Antrag Weimar-Sicherer Hafen konkret nachgekommen werden (bitte Maßnahmen auflisten)?

Antwort:

Hierzu verweise ich auf meine Antworten zu Frage 1 und 2. Sollte der Kompromissvorschlag Erfolg haben, werde ich dem Stadtrat halbjährlich über die Umsetzung der Erklärung berichten bzw. die Gründe erläutern, falls eine Aufnahme von Flüchtlingen über den Verteilungsschlüssel hinaus nicht in vollem Umfang entsprochen werden konnte.

Neben den Aufgaben der Verwaltung braucht es weiterhin das herausragenden ehrenamtliche Engagement der Weimarer Vereine, Initiativen und der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Weimar.

Frage 4:

Warum wurde das positive Beispiel von unsere Partnerstadt Trier, in welcher der Stadtrat am 26.06.2018 die „Resolution Solidarität mit aus dem Mittelmeer geretteten Menschen, verabschiedete und die Resolution im Anschluss durch OB Wolfram Leibe an den Bundesinnenminister Horst Seehofer geschickt wurde, nicht in Betracht gezogen?

Antwort:

Auch hierzu verweise ich auf meine Antworten zu Frage 1 und 2. Die Stadt Weimar ist und bleibt für Menschen in Not und für Menschen auf der Flucht ein sicherer Ort und ein sicherer Hafen. Ein „Mehr“ bedarf es darüber hinaus nicht.